

Landeshauptstadt Magdeburg

Stellungnahme der Verwaltung

öffentlich

Stadtamt	Stellungnahme-Nr.	Datum
OB	S0155/12	29.05.2012

zum/zur

A0184/11 Vorsitzende des Stadtrates Frau Wübbenhorst
aus der Sitzung „Jugend im Stadtrat

Bezeichnung

Ratsbeschlüsse für Jugendliche aufbereiten und kommunizieren

Verteiler

Tag

Der Oberbürgermeister	05.06.2012
Ausschuss für kommunale Rechts- und Bürgerangelegenheiten	14.06.2012
Jugendhilfeausschuss	12.07.2012
Ausschuss für Bildung, Schule und Sport	17.07.2012
Verwaltungsausschuss	20.07.2012
Stadtrat	06.09.2012

Stellungnahme zum Antrag 0184/11

Am 12. Jan. 2012 hat der Stadtrat den Antrag „Ratsbeschlüsse für Jugendliche aufbereiten und kommunizieren“ (A0184/11) in die Ausschüsse BSS, Juhi, KRB und VW überwiesen. Der Antrag hat folgenden Wortlaut:

Der Oberbürgermeister wird gebeten, jugendrelevante Themen und Beschlüsse aus dem Stadtrat jugendgerecht aufzubereiten und durch geeignete Kanäle für Jugendliche zur Verfügung zu stellen. Eine Kooperation mit der Universität Magdeburg, Hochschule Magdeburg-Stendal und der Jugendseite der Magdeburger Volksstimme Seite sowie weiteren geeigneten Partnern und Medien ist anzustreben.

Darüber hinaus soll im Zuge der Umgestaltung der Website www.magdeburg.de der Bereich „Jugend“ direkt auf der Startseite in der ersten Navigationsebene eingerichtet und mit einem jugendlichen Template versehen werden. Auch die Optimierung der facebook-Nutzung soll zum Anlass genommen werden, die Social-Media-Aktivitäten durch jugendrelevanten Inhalt für alle Zielgruppen interessant zu gestalten.

Dazu nehme ich wie folgt Stellung:

„Information ist die Grundlage für Beteiligung.“ – heißt es in der Begründung des Antrages. Dem ist nicht zu widersprechen. Und weil das so ist, muss Information über kommunalpolitische Entscheidungsprozesse so früh einsetzen, dass Betroffene auch die Möglichkeit haben, sich zu beteiligen. Die Information über Ratsbeschlüsse kommuniziert erst die Entscheidungen und damit das Ergebnis solcher Prozesse.

Kommunale Öffentlichkeitsarbeit und Beteiligungspolitik geht über die Kommunikation von Ratsbeschlüssen weit hinaus. Sie umfasst die frühzeitige Information und Beteiligung aller interessierten Einwohnerinnen und Einwohner an allen wichtigen Entscheidungen zur Stadtentwicklung. Dabei tragen die gewählten Stadträtinnen und Stadträte in ihren jeweiligen Wahlkreisen eine besondere Verantwortung.

Für die frühzeitige Information und für die Bürgerbeteiligung nutzt die Stadtverwaltung eine Vielzahl von Instrumentarien und Medien. Beispielhaft seien folgende Veranstaltungen und Medien genannt:

- die Einwohnerversammlungen des Oberbürgermeisters und Bürgerinformationsveranstaltungen
- die öffentliche Auslegung von Planungsunterlagen
- die öffentlichen Sitzungen des Stadtrates und seiner Ausschüsse sowie weiterer Gremien (z.B. Seniorenbeirat, AG Menschen mit Behinderungen, Runder Tisch der Frauen)
- die Arbeitsgruppen Gemeinwesenarbeit
- das Ratsinformationssystem unter www.magdeburg.de
- Informationen und Angebote im Web (www.magdeburg.de, Twitter, Facebook)
- die lokalen und regionalen Medien (Print, Fund und Fernsehen, Agenturen, Online-Redaktionen) über die regelmäßige Pressearbeit

Alle diese Veranstaltungen und Medien sind grundsätzlich auch für Jugendliche offen.

Speziell für Jugendliche hat die Stadtverwaltung darüber hinaus zielgruppenspezifische Projekte zur Information über und Beteiligung an Kommunalpolitik entwickelt. Bereits im Oktober 1996 hat der Stadtrat ein „Konzept zur stärkeren Beteiligung von Kindern und Jugendlichen an der Kommunalpolitik der Landeshauptstadt Magdeburg“ beschlossen mit dem Ziel, sie stärker in kommunalpolitische Entscheidungsprozesse einzubeziehen. Mit unterschiedlichen Methoden sollten sie die Möglichkeit erhalten, ihre eigenen Ideen und Vorschläge zur Stadtentwicklung einzubringen und somit aktiv an der Gestaltung des Gemeinwesens mitzuwirken.

In Umsetzung des Stadtratsbeschlusses Nr. 937-46(II)96 wurden zahlreiche Maßnahmen und Projekte umgesetzt, u.a. „Einblick in Rathaus“ und die Sitzungen „Jugend im Stadtrat“. Im Rahmen dieser Projekte zur außerschulischen politischen Jugendbildung sollen Jugendliche mit den Aufgaben, Strukturen sowie Ansprechpartnern der Verwaltung und des Stadtrates vertraut gemacht werden.

Einblick ins Rathaus

Unter Führung von Jugendlichen des Jugendforums, die extra für dieses Projekt ausgebildet wurden, konnten Schülerinnen und Schüler verschiedener Schulformen sowie Mädchen und Jungen aus Kinder- und Jugendhäusern das Rathaus besichtigen. Um das Interesse von Kindern und Jugendlichen nachhaltig an der Kommunalpolitik zu wecken und um jederzeit die Rathausführung anschaulich im Internet wiederholen zu können, wurden ein virtueller Rundgang und eine eigene Homepage erstellt (www.jugendforum-magdeburg.de/einblick/) Bestandteil dieser Informationsplattform ist auch eine Handreichung mit Ausführungen zu den Organen und Akteuren von Politik und Verwaltung der Landeshauptstadt Magdeburg sowie den Mitwirkungsmöglichkeiten der Bürger/innen. Darüber hinaus wurde der „Rundgang durchs Rathaus der Landeshauptstadt Magdeburg“ als Faltblatt gedruckt und den Jugendlichen ebenfalls zur Verfügung gestellt.

Jugend im Stadtrat

In den Sitzungen „Jugend im Stadtrat“ können die jungen Menschen, auch mit Unterstützung von Stadträtinnen und Stadträten sowie Mitarbeitern der Verwaltung, eigene Anträge zur Gestaltung ihres Lebensumfeldes stellen und die weitere Antragsbearbeitung – von der Beratung im „richtigen“ Stadtrat, Überweisung in die Fachausschüsse bis hin zur Beschlussfassung im Stadtrat – am konkreten Beispiel mitverfolgen.

Grundsätzlich bemüht sich die Verwaltung in ihrer Öffentlichkeitsarbeit – gemäß dem Leitbild der Landeshauptstadt Magdeburg – um eine verständliche Sprache. Das schließt die adressaten- und mediengerechte Aufbereitung und Verbreitung von Informationen ein, z.B. über Social Media. Grundsätzlich sind alle öffentlich zugänglichen Informationen der Stadtverwaltung auch für Jugendliche zugänglich.

Sie zu befähigen, die entsprechenden Medien zu nutzen, Entscheidungsprozesse nachzuvollziehen sowie Beteiligungsmöglichkeiten zu erkennen und zu ergreifen, ist Aufgabe der Medienbildung und des Sozialkundeunterrichtes an den Schulen. Zur Unterstützung dafür hat die Stadtverwaltung u.a. die oben angeführten Projekte und Informationsmaterialien entwickelt, die den Schulen zur Verfügung stehen.

Selbstverständlich wird die Stadtverwaltung Projekte, die die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen an Stadtentwicklung zum Inhalt haben, im Rahmen ihrer Möglichkeiten weiterhin unterstützen. Für eine zielgruppenspezifische Aufbereitung von Informationen, die sich im Grundsatz an alle Einwohnerinnen und Einwohner der Stadt richten – wie es z.B. bei Entscheidungen des Stadtrates und seiner Ausschüsse der Fall ist - besteht aus Sicht der Verwaltung kein Erfordernis. Dies wäre auch mit einem unverhältnismäßigen Aufwand verbunden. Sofern Dritte – z.B. das Jugendinformationszentrum des Stadtjugendringes oder der Verein fjpmmedia , Projekte entwickeln, um Kommunalpolitik speziell für Jugendliche transparent zu machen, wird die Verwaltung prüfen, ob eine Unterstützung möglich ist.

Informationen für Kinder und Jugendliche sowie Familien werden selbstverständlich auch im neuen Internetauftritt der Stadt nutzerspezifisch und nutzerfreundlich enthalten sein. Das städtische Web-Angebot muss jedoch eine Fülle von Informationen, Anwendungen, interaktiven Angeboten zu verschiedenen Themen und für unterschiedliche Zielgruppen in übersichtlicher, verständlicher und nutzerfreundlicher Weise aufbereiten. Dabei muss die inhaltliche und adressatengerechte Ausgewogenheit sicher gestellt werden. Die 1. Navigationsebene (Startseite) dient dabei zur schnellen Orientierung der verschiedenen Nutzergruppen und muss sicherstellen, dass jeder Nutzer mit wenigen Klicks die von ihm gesuchten Informationen bzw. Anwendungen findet. Über eine Veränderung der 1. Navigationsebene kann aus Sicht der Verwaltung erst nach dem Start des überarbeiteten Internetauftritts der Landeshauptstadt und der Auswertung erster Erfahrungen entschieden werden.

Die Verwaltung schlägt deshalb vor, den Antrag wie folgt zu ändern:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt zu prüfen, ob das Jugendinformationszentrum des Stadtjugendringes oder der Verein fjpmmedia jugendrelevante Themen und Beschlüsse aus dem Stadtrat jugendgerecht aufbereiten und durch geeignete Kanäle für Jugendliche zur Verfügung stellen können. Ggf. ist zu prüfen, ob entsprechende Projekte durch die Stadtverwaltung unterstützt werden können.

Bezüglich einer prominenten Platzierung jugendrelevanter Themen innerhalb der städtischen Internetpräsenz wird der Oberbürgermeister beauftragt, spätestens 6 Monate nach dem Start des neuen Internetauftritts eine Analyse zum Nutzerverhalten für die entsprechenden Seiten vorzulegen und ggf. Verbesserungsvorschläge zu unterbreiten.

Dr. Trümper